

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 93 (2013)

Heft: 1009

Artikel: Anstand, Mass und Unmoral

Autor: Keller-Sutter, Karin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737109>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anstand, Mass und Unmoral

Die Höhe der Bezüge einzelner Spitzenkräfte in der Wirtschaft ist reine Metaphysik. Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, Willkür lasse sich mit mehr Willkür bekämpfen. Statt Lohnrichter zu spielen, tun die Bürger gut daran, sich auf den Erhalt der Chancengesellschaft zu konzentrieren.

von Karin Keller-Sutter

Unabhängig von sozialer Herkunft oder politischer Überzeugung – in einem dürfte unter Schweizer Bürgern grosse Einigkeit bestehen: Die Höhe der Bezüge einzelner Spitzenkräfte in der Wirtschaft kann kaum mehr nachvollziehbar erklärt werden, nicht einmal von ihnen selbst. Sie versuchen es für gewöhnlich, indem sie auf internationale Standards verweisen. Aber spielen in diesen Bereichen wirklich die Gesetze von Angebot und Nachfrage oder handelt es sich eher um Willkür, die mit Marktkräften nur bedingt zu tun hat? Dass derartige Löhne von den Empfängern verteidigt werden, ist in menschlicher Hinsicht zwar verständlich, aber es ist – Hand aufs Herz – nicht plausibel.

Es gehört dazu, dass es Leute gibt, die verdienen, was sie verdienen, und solche, die nicht verdienen, was sie verdienen.

Durchlässigkeit einer Gesellschaft nicht mehr gegeben ist, so droht ihr eine Refeudalisierung – und der Zusammenhalt steht in Frage.

Wenn also diese beiden Bemerkungen noch keinen Streit auslösen dürften, dann aber wohl die Frage, was ein «gerechter» und «fairer» Lohn sei – und wer für sich in Anspruch nehmen dürfe, Lohnrichter zu spielen.

Halten wir darum erst mal fest: Es gehört zur Welt, in der wir leben, dass es Leute gibt, die verdienen, was sie verdienen, und solche, die nicht verdienen, was sie verdienen – und das gilt unabhängig davon, ob sie im Kader oder an der Front tätig sind. Die entscheidende Frage ist, wer darüber entscheidet. Entscheiden es die Kunden und die Eigentümer, die ein vitales Interesse daran haben, dass es den Unternehmen gut geht? Oder entscheiden es die Stimmbürger, die den Lockrufen folgen, die Löhne von anderen verordnen zu können?

¹ «Redistribution Policy and Inequality Reduction in OECD Countries», OECD 2011.

² Der standardisierte Bruttolohn im 9. Dezil der Lohnverteilung stieg pro Jahr um durchschnittlich 1,8 Prozent (gegenüber 1,3 Prozent beim Medianlohn).

Karin Keller-Sutter

ist Ständerätin des Kantons St. Gallen (FDP) und u.a. Verwaltungsrätin der NZZ-Mediengruppe, Vorstandsmitglied des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes und Präsidentin des Detailhandelsverbandes Swiss Retail Federation.

Die von den Jungsozialisten lancierte 1:12-Initiative möchte bekanntlich, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als 12mal höher sein darf als der tiefste. Wenn beispielsweise der höchste Lohn in einer Unternehmung bei 12 Millionen liegt, wird demnach ein Lohn von einer Million, also 12mal weniger, als «gerecht» empfunden. Warum wird nicht ein Verhältnis von 1:8, 1:10 oder 1:20 gefordert? Ich weiss es nicht. Niemand weiss es.

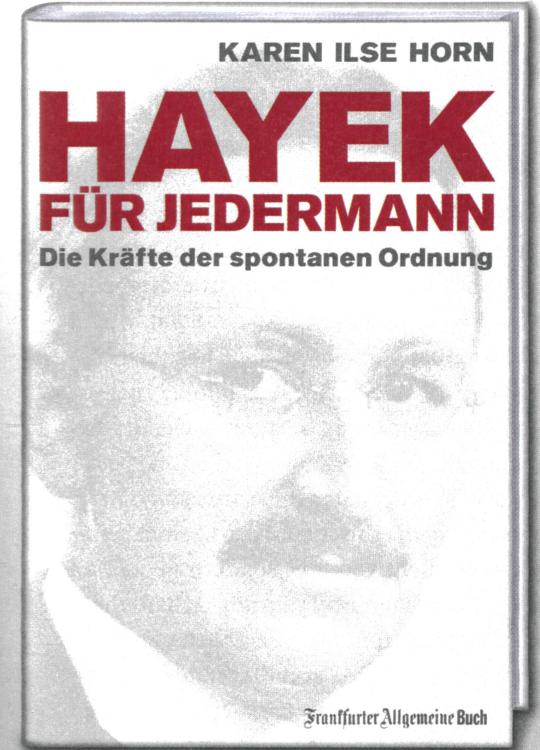
«Die tödliche Krankheit des Menschen ist seine Meinung, er wisse», schrieb der französische Philosoph Michel de Montaigne. Dies gilt auch für die Argumente, auf welche die Initianten ihren Vorstoß stützen. Sie wiederholen endlos das marxistische Mantra, wonach die Armen in unserem Land immer ärmer und die Reichen immer reicher würden. Diese Vorstellung ist weit verbreitet – und sie ist falsch.

Die Schweiz gehört – erstens – sowohl bei den Primäreinkommen als auch beim verfügbaren Einkommen (d.h. nach Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Transfers) zu den Ländern mit unterdurchschnittlicher Ungleichheit der Haushalteinkommen. Und die Verteilung weist – zweitens – gemessen am Gini-Index seit Anfang der 1980er Jahre keine steigende Tendenz auf. Die Einkommensverteilung ist 2008 sogar leicht ausgeglichenener als 1998.¹

Wenn wir politische Entscheide nicht auf Wunschdenken, sondern auf Wissen abstützen wollen, müssen wir – drittens – auch zur Kenntnis nehmen, dass die Lohnverteilung in der Schweiz in den letzten 20 Jahren relativ stabil geblieben ist. Die umfangreichen Daten der schweizerischen Lohnstrukturerhebung zeigen, dass das Lohnwachstum im oberen Bereich der Lohnverteilung in den letzten 16 Jahren überdurchschnittlich ausfiel.² Aber: die untersten Löhne wuchsen zwischen 1994 und 2010 um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr, also stärker als der Medianlohn. Im Umgang mit Statistiken ist zweifellos stets Vorsicht geboten, aber die Rede vom immer grösser werdenden Einkommensgraben entspricht in der Schweiz nicht der Realität.

Die Marktwirtschaft leistet mehr als irgendeine andere Wirtschaftsform

Friedrich August von Hayek



Lesen Sie die Biographie einer Ausnahmegestalt der Wirtschaftswissenschaft: Friedrich August von Hayeks (1899 bis 1992) weitgefächertes Forschungsprogramm dreht sich um das Entstehen von Ordnung und setzt die Freiheit an die Spitze der Werteskala.

- Die Theorien von Friedrich August von Hayek anschaulich erklärt – besonders aktuell vor dem Hintergrund der schwelenden Finanzkrise
- Für alle, die auch ohne Wirtschaftsstudium mitreden möchten

Karen Ilse Horn

Hayek für jedermann

Die Kräfte der spontanen Ordnung

Flexicover

2012, 256 Seiten

17,90 € (D), 18,40 € (A), 25,90 CHF

ISBN 978-3-89981-302-9

Leseprobe im Bookshop
auf www.fazbuch.de

„Sauber gegliedert, gelingt es dem Buch geradezu spielend, dem Leser Hayeks Leben, Werk und Wirkung konzise und leicht verständlich darzustellen.“ Neue Zürcher Zeitung

„Leicht verständlich und mit viel Tiefgang. Eine gelungene Grundlage für jede Diskussion.“ getabstract

Bestellen Sie jetzt: Telefon (07 11) 78 99 - 21 13 • Telefax (07 11) 78 99 - 10 10 • E-Mail faz@kno-va.de • Auch im Buchhandel erhältlich.



Frankfurter Allgemeine Buch

Die Realität ist nun mal komplexer, als es uns die Initianten vormachen wollen: Das Lohnniveau der Schweiz liegt deutlich über dem Wert der OECD und der EU-15. Der Anteil der Tieflöhne (weniger als zwei Drittel des Medianlohns) ist markant geringer als in der OECD oder beispielsweise in Deutschland. Die Lohnstruktur ist gemessen an den Medianabweichungen für die einzelnen Branchen ein gutes Abbild der Wertschöpfungsdifferenzen zwischen den Branchen.

Was bedeuten diese Daten? Sie bedeuten, dass die Schweiz nicht das Abbild einer auseinanderklaffenden Gesellschaft ist – dass sie sich aber zunehmend so wahrnimmt. Die linken Kräfte haben auf der Ebene des gesellschaftlichen Selbstverständnisses in den letzten Jahren ganze Arbeit geleistet. Das ist bedauerlich – und gefährlich. Denn wenn die Bürger die Stärken des eigenen Modells nicht mehr erkennen, geraten sie schneller auf die schiefe Bahn, als es ihnen lieb ist. Das europäische Ausland macht vor, wie es geht.

Der stärkste Treiber wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit ist eine hohe Arbeitslosigkeit. Davon blieb die Schweiz in den

letzten Jahren Gott sei Dank verschont – nicht aufgrund einer unerfindlichen Gnade, sondern aufgrund der klugen bestehenden Institutionen. Der flexible Arbeitsmarkt zeigt seine Qualitäten in Zeiten der Hochkonjunktur wie auch in Zeiten konjunkturer Schwäche. Er wird flankiert von einem Sicherheitsnetz der Arbeitslosenversicherung, das sich bewährt hat.

Mehrere Länder der Eurozone befinden sich in der Rezession und die hohen Arbeitslosenquoten bergen sozialpolitischen Sprengstoff. Wenn das kleine Land mittendrin gut dasteht, so hat dies mit den Pfeilern des Erfolgsmodells Schweiz zu tun: intakte Sozialpartnerschaft, offener Zugang zu den internationalen Märkten, unternehmerische Freiheit und liberales Wirtschafts- und Arbeitsrecht.

Offenkundig nicht Teil dieses historisch gewachsenen Modells sind staatliche Bevormundung, Überregulierung und Interventionismus in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft. Solche Eingriffe sind jedoch politisch derzeit en vogue. Viele Bürger scheinen die Agenden der Interventionisten nicht zu durchschauen und lassen sich vor deren Karren spannen.

Die Festlegung eines Lohnes ist Sache von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist an ihnen, den Lohn auszuhandeln. Es gilt die Vertragsfreiheit. Der Staat als unsichtbarer Dritter hat hier nichts zu suchen. Einzig im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung oder im Falle eines offensichtlichen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung ist er aufgefordert einzutreten. So einfach war das bisher. Und so einfach sollte es auch bleiben.

Ich komme auf das zurück, was ich zu Beginn als Konsens dargestellt habe. Die Grundlagen einer Chancengesellschaft, die den Aufstieg aus unteren Schichten ermöglicht, sind fragil und können einfacher zerstört als aufgebaut werden. Der sicherste – und historisch bewährte – Weg besteht darin, aus dem Fehlverhalten einiger weniger neue Vorschriften abzuleiten, die Willkür für alle bedeuten. Dabei ist es ein Trugschluss zu glauben, Willkür lasse sich mit mehr Willkür bekämpfen.

Ich bin klar der Meinung, dass der Staat allen Menschen die gleichen Chancen bieten muss: der Zugang zur Bildung muss für alle gewährleistet sein, es darf niemand diskriminiert werden, es braucht auch ein gewisses, gesellschaftlich zu verhandelndes Mass an Umverteilung: über die Steuern, über die Sozialwerke. Dies dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber es ist nicht Aufgabe des Staates, die wirtschaftliche Gleichheit aller per Gesetz zu erzwingen. Dieses Ziel ist auch gar nicht erstrebenswert. Denn es ist denklogisch unmöglich, dass ein Staat seinen Bürgern Freiheit, Wohlstand und wirtschaftliche Gleichheit bietet. Ganz im Gegenteil: unter dem Deckmantel der Solidarität errichtet er einen Staat im Staat, der dafür sorgt, dass wenige viel bekommen und viele nur wenig.

In einem einzigen Punkt bin ich mit den Initianten einig: Wirtschaftliche Tätigkeit muss in einen ethischen Kontext eingebettet sein. Diese Forderung kommt nicht von mir, sondern von Adam Smith, dem Vertreter der klassischen liberalen Wirtschaftstheorie und grossen Moralphilosophen. Smith sagt nämlich nicht nur, dass das individuelle Gewinnstreben eine grundlegende Antriebskraft der wirtschaftlichen Entwicklung sei, dass das Kapital den Bürgern Wohlstand und Unabhängigkeit bringe und dass eine Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe grösstmöglichen Wohlstand von Staat und Gesellschaft ermögliche. Er sagt auch, dass all dieses Handeln in einem ethischen Kontext stattfinden müsse. Smith spricht in seinem Werk «Theorie der ethischen Gefühle», das sein Hauptwerk «Der Wohlstand der Nationen» ergänzt, von drei Tugenden, die es zu erfüllen gelte: Klugheit, Gerechtigkeit und Güte.

Dass diese drei Tugenden in den Führungsgremien einiger internationaler Konzerne abhanden gekommen sind, ist unbestritten und augenfällig. Weil Anstand, Mass und Moral teils an der Garderobe abgegeben wurden, heisst das aber nicht, dass die ganze Schweizer Wirtschaft die Bodenhaftung verloren hat. Wenn nun alle Unternehmen bevormundet und unter staatliche Lohnaufsicht gestellt werden sollen, verstösst gerade dies gegen Anstand, Mass und Moral.

In welche Familie und welche soziale Netzwerke wir hineingeboren werden, ist letztlich Zufall. Entscheidend ist, welche Möglichkeiten sich bieten, etwas aus dem eigenen Leben zu machen. Geht es nach dem «Where-to-be-born-Index» der britischen Zeitschrift «The Economist», haben die Schweizerinnen und Schweizer auch ohne Eingriffe in die Lohnpolitik von Unternehmen derzeit die besten Zukunftsaussichten. Sie zu verspielen, wäre gegenüber unseren Nachkommen ziemlich unethisch. ◀